

Beiträge zum Verwaltungsrecht

Herausgegeben von Wolfgang Kahl, Jens-Peter Schneider und Ferdinand Wollenschläger

Mit der Schriftenreihe *Beiträge zum Verwaltungsrecht (BVwR)* führt der Verlag seine Tradition, Werke mit hohem wissenschaftlichen Anspruch zu veröffentlichen, für das Verwaltungsrecht fort. Er bietet damit ein Forum für Monographien, Habilitationsschriften, herausragende Dissertationen und thematisch geschlossene Sammelbände zu zentralen und grundlegenden Fragen des Verwaltungsrechts. Beiträge mit verfassungsrechtlichen, europarechtlichen oder völkerrechtlichen Bezügen sind ebenso willkommen wie rechtsvergleichende Arbeiten.

Ansprechpartnerin:

Daniela Taudt, LL.M. Eur.

Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 2509-9272 - Zitiervorschlag: BVwR

Stand: 03.12.2022. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/beitraege-zum-verwaltungsrecht-bvwr?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104



Ilal, Mariamo Katharina

Der Geheimhaltungskonflikt im Verwaltungsprozess

Lösungsmodelle, Modellvergleich und Entwicklungsperspektiven

2023. Ca. 350 Seiten.
erscheint im Januar

ISBN 9783161619441
fadengeheftete Broschur ca. 90,00 €

ISBN 9783161619458
eBook PDF ca. 90,00 €

Die Geheimhaltungsbedürftigkeit von Akten stellt das verwaltungsprozessuale Informationssystem vor erhebliche Herausforderungen. Das Prozessrecht muss auf entstehende Geheimhaltungskonflikte reagieren und eine Interessengewichtung im Spannungsfeld von Rechtsschutzeffektivität, Gehörsrecht und Geheimnisschutz vornehmen. Mariamo Katharina Ilal vergleicht verschiedene Lösungsmodelle (Beweislast- und Verwertungsmodell) und zeichnet ihre Entwicklungslinien im Verwaltungsprozessrecht nach. Hierfür unternimmt sie insb. eine Rechtsprechungsanalyse anhand typischer Fallkonstellationen und beleuchtet so das Zusammenspiel und die Reibungsflächen zwischen gesetzgeberischer Modellwahl und gerichtlicher Modellanwendung. Das Vordringen des Verwertungsmodells im europäischen Rechtsraum gibt anschließend Anlass zur Untersuchung unionsrechtlicher Impulse für einen Modellwechsel im nationalen Verwaltungsprozessrecht.

Inhaltsübersicht

Einleitung

- A. Geheimhaltungsbedürftigkeit als Problem im Verwaltungsprozess
- B. Gang der Untersuchung

Erster Teil: Der Geheimhaltungskonflikt

- A. Der Geheimhaltungskonflikt als Begriff
- B. Der Geheimhaltungskonflikt in exemplarischen Rechtsschutzkonstellationen

Zweiter Teil: Die Lösungsmodelle

- A. Konflikt über die Geheimhaltungsbedürftigkeit
- B. Konflikt infolge der Geheimhaltungsbedürftigkeit

Dritter Teil: Der Modellvergleich

- A. Interessenzuordnung des Beweislastmodells
- B. Interessenzuordnung des Verwertungsmodells

Vierter Teil: Der Modellwechsel

- A. Europäisierung des Verwaltungsprozessrechts – Grundlagen
- B. Unionsrechtlicher Anpassungsbefehl um Modellwechsel
- C. Anpassungsbedarf im Verwaltungsprozessrecht
- D. Umsetzung des Anpassungsbefehls zum Modellwechsels

Schlussteil

- A. Jüngste Entwicklungen im Atomrecht
- B. Zusammenfassung

Pascher, Tobias

Umgekehrter Vollzug im Europäischen Verwaltungsrecht

Die Anwendung mitgliedstaatlichen Rechts durch die Europäische Zentralbank als Herausforderung

Band 24
2023. XX, 483 Seiten.
erscheint im Dezember

ISBN 9783161618604
fadengeheftete Broschur 104,00 €

ISBN 9783161618611
eBook PDF 104,00 €

Seit 2014 beaufsichtigt die Europäische Zentralbank die größten Banken der Eurozone. Dabei wendet sie auch Rechtsnormen an, die die EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung europäischer Vorgaben erlassen haben. Bislang galt im Europäischen Verwaltungsrecht allerdings der Grundsatz, dass Einrichtungen der EU im direkten Vollzug lediglich das Unionsrecht durchführen. Davon ausgehend beleuchtet Tobias Pascher die Auswirkungen des neuartigen umgekehrten Vollzugs auf den Rechtsschutz, Entscheidungsspielräume und Nichtanwendungspflichten der Verwaltung sowie das Haftungsrecht. Besonderes Augenmerk legt er auf die Vereinbarkeit dieses Durchführungsmodus mit dem Primärrecht und den grundgesetzlichen Integrationsschranken, um so der Frage nachzugehen, ob der umgekehrte Vollzug in der Finanzaufsicht künftig für weitere Sachgebiete Modell stehen könnte.

Inhaltsübersicht

Einleitung

- § 1 Eine zentralisierte Bankenaufsicht bei der EZB
- § 2 Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung
- § 3 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands
- § 4 Begriffliche Vorklärungen

Kapitel 1: Aufsicht im SSM und Reichweite der Verweisung auf nationales Recht

- § 1 Zentralisierter Vollzug mitgliedstaatlichen Rechts
- § 2 Vergleichende Betrachtung – Art. 4 Abs. 3 UAbs. 1 SSM-VO als Novum?
- § 3 Fazit – Vollzug als mitgliedstaatliches Recht

Kapitel 2: Rechtsschutz

- § 1 Vorverfahren vor dem administrativen Überprüfungsausschuss
- § 2 Gerichtlicher Rechtsschutz
- § 3 Fazit – Eine neue Facette des Europäischen Rechtsprechungsverbands



Kapitel 3: Ein neuer Impuls für die Systematisierung behördlicher Entscheidungsspielräume

- § 1 Entscheidungsspielräume im einheitlichen Aufsichtsmechanismus
- § 2 Entscheidungsspielräume im deutschen Recht
- § 3 Entscheidungsspielräume im europäischen Recht
- § 4 Entscheidungsspielräume im umgekehrten Vollzug
- § 5 Fazit – Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Systemkategorie des Verwaltungsermessens

Kapitel 4: Nichtanwendungspflichten und der Fall fehlender Richtlinienumsetzung

- § 1 Nichtanwendungspflichten mitgliedstaatlicher Behörden
- § 2 Nichtanwendungspflichten im umgekehrten Vollzug
- § 3 Fazit – Umfassende, aber nicht ausufernde Prüfung der EZB

Kapitel 5: Haftung

- § 1 Die außervertragliche Haftung der EZB
- § 2 Herausforderung durch Art. 4 Abs. 3 UAbs. 1 SSM-VO
- § 3 Fazit – Praktische Relevanz des umgekehrten Vollzugs im Haftungsrecht

Kapitel 6: Vereinbarkeit des Vollzugsmechanismus mit dem Grundgesetz

- § 1 Umgekehrter Vollzug und grundgesetzliche Kontrollvorbehalte
 - § 2 Ausblick: Umgekehrter Vollzug als neuer Baustein des europäischen Verwaltungsrechts
- Zusammenfassung und Thesen**

Gebhardi, Bruno

Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente

»Nudging« im deutschen Verwaltungsrecht

Band 23
2022. XXIII, 417 Seiten.
erscheint im Dezember

ISBN 9783161616693
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161617935
eBook PDF 99,00 €

Kann der Staat verhaltensökonomisches Wissen zur Steuerung verwenden? Und falls ja, in welchem Umfang? Bruno Gebhardi demonstriert, dass das Konzept des »Nudging« von Sunstein/Thaler, das diese Art der Steuerung populär gemacht hat, nicht in das deutsche Recht übernommen werden kann. Stattdessen entwickelt er verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente, die sich an den bekannten Instrumentenkategorien des deutschen Verwaltungsrechts orientieren. Er analysiert, welche Funktionen diese in einem Steuerungskonzept übernehmen können und welchen Grenzen des höherrangigen Rechts – insbesondere des Verfassungsrechts – sie dabei unterliegen. Dazu wird der Umgang mit verhaltensökonomisch erforschten Effekten in drei Referenzgebieten betrachtet: dem Datenschutzrecht, dem Kapitalmarktrecht und dem Wahlrecht.

Inhaltsübersicht

Einleitung

- A. Erkenntnisinteresse und Fragestellung
 - B. Ein steuerungstheoretischer Ansatz als Methode interdisziplinären Arbeitens
 - 1. Kapitel: Die Verhaltensökonomie als rechtswissenschaftlicher Rezeptionsgegenstand
 - A. Die Verhaltensökonomie
 - B. Juristische Rezeption der Verhaltensökonomie
 - C. Zusammenfassung: Die Verhaltensökonomie als Grundlage neuer Steuerungsinstrumente
 - 2. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im deutschen Verwaltungsrecht
 - A. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im Kontext des deutschen Verwaltungsrechts
 - B. Gestaltungen verhaltensökonomisch informierter Instrumente am Beispiel der »Nudges«
 - C. Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente statt »Nudges«
 - 3. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung in Referenzgebieten
 - A. Wahl der Referenzgebiete und Gegenstand der Analyse
 - B. Datenschutzrecht – Die Datenschutzgrundverordnung und das europäische Datenschutzgrundrecht
 - C. Kapitalmarktrecht – Anlageberatung und Privatautonomie
 - D. Das Wahlrecht und die Kommunikationsgrundrechte – Öffentliche Willens- und Meinungsbildung als »Debiasing«
 - 4. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung
 - A. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente
 - B. Zu den Problemen der »Nudging«-Diskussion
 - 5. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen und Ausblick
- Zusammenfassung in Thesen
Ausblick

Zywitz, Jakob

Das Ombudswesen als institutionelle Gestaltungsoption des Umwelt- und Planungsrechts

Eine Reformanalyse unter Berücksichtigung ausländischer Ausgestaltungsvarianten



Band 22
2022. XIV, 243 Seiten.

ISBN 9783161611285
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161611292
eBook PDF 74,00 €

Die Integration ombudsrechtlicher Kontrollelemente wurde als Alternative zum Verbandsklagewesen umfassend diskutiert, in der umwelt- und planungsrechtlichen Rechtspraxis aber bisher kaum umgesetzt. Lediglich einzelne Institutionen wie das Nationale Begleitgremium im Standortauswahlgesetz oder die landesrechtlichen Naturschutzbeiräte und Naturschutzbeauftragten weisen ombudsrechtliche Bezugspunkte auf. Jakob Zywitz analysiert den Bedarf für eine Ausweitung ombudsrechtlicher Kontrolle im Rahmen der Infrastrukturplanung unter Berücksichtigung ausländischer Ausgestaltungsvarianten wie etwa der österreichischen Umweltschutzbehörden. Auf der Grundlage einer institutionellen Neuverortung entwickelt er einen gesetzlichen Umsetzungsvorschlag, der die außerprozessuale Gewährleistung neutraler Kontrolle und die vermittelnde Konfliktlösung in den Vordergrund stellt.

Penski, Florian

Der voraussetzungslose Zugang zu amtlichen Informationen und private Belange

Der Schutz des Dritten in den Informationszugangsgesetzen unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung)

Band 21
2021. XXIV, 349 Seiten.

ISBN 9783161610257
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161610837
eBook PDF 84,00 €

Das Recht auf voraussetzungslosen Zugang zu amtlichen Informationen verzeichnet einen stetigen Bedeutungszuwachs. Der staatliche Informationsbestand enthält dabei eine Vielzahl von Informationen auch Privater, insbesondere von Unternehmen. Mit dem Wunsch nach Transparenz auf der einen Seite geht auf der anderen Seite ein natürliches Interesse der betroffenen Dritten an der Geheimhaltung ihrer Daten einher. Diese verfassungsrechtlich garantierten Interessen umfassen den Schutz personenbezogener Daten, des geistigen Eigentums und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Florian Penski stellt eine vergleichende Untersuchung unter dem IFG, UIG und VIG zur Auflösung dieser Spannungsverhältnisse an. Der Schwerpunkt liegt dabei auf möglichen Änderungen durch die erst 2018 in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung. Zudem wird untersucht, wie ein Privater seine Interessen sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich effektiv durchsetzen kann.

Knickmeier, Sönke

Europäisierung des Verwaltungsprozessrechts im Diskurs der Rechtswissenschaft

Die Europäisierung des Verwaltungsprozessrechts wird seit langem als prägendes rechtswissenschaftliches Phänomen wahrgenommen und diskutiert. Statt ihre Konsequenzen dogmatisch zu untersuchen, betrachtet Sönke Knickmeier den dogmatischen Diskurs selbst. Dabei zeigt sich, dass die nationale Vorstellung von Dogmatik die Wahrnehmung europarechtlich geforderter Rechtsänderungen beeinflusst. Die gewählte Perspektive einer Beobachtung zweiter Ordnung vermag etwaige Vorannahmen zu explizieren und Entwicklungspfade sowie Pfadabhängigkeiten aufzuzeigen. Zugleich werden dadurch potentielle Weiterungen von Argumentationen für die Verarbeitung von Anforderungen des Europarechts sichtbar gemacht. Als Beispiele dienen insbesondere klassische Themen des Verwaltungsprozessrechts wie die Klagebefugnis bzw. subjektive öffentliche Rechte, die Bedeutung des Verfahrensrechts und die Kontrolldichte.

Band 20
2021. XV, 436 Seiten.

ISBN 9783161608414
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161608421
eBook PDF 94,00 €

Gömann, Merlin

Das öffentlich-rechtliche Binnenkollisionsrecht der DS-GVO

Unionaler Anwendungsbereich mitgliedstaatlichen Anpassungsrechts zur Datenschutz-Grundverordnung

Band 19
2021. XXIV, 833 Seiten.

ISBN 9783161607233
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161607240
eBook PDF 149,00 €

Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten sehen eigene Rechtsanwendungsbefehle für das im Rahmen der Regelungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) erlassene nationale Anpassungsrecht vor. Mit Blick auf die hierdurch entstehenden positiven wie negativen Normenkonflikte stellt Merlin Gömann dar, weshalb diese autonomen Rechtsanwendungsbefehle mit den binnenkollisionsrechtlichen Vorgaben der DS-GVO unvereinbar sind. Stattdessen ist der räumliche Anwendungsbereich des materiellen mitgliedstaatlichen DS-GVO-Anpassungsrechts mithilfe einer Analogie zum territorialen Anwendungsbereich der Verordnung zu bestimmen, während das anwendbare Verfahrensrecht der internationalen Zuständigkeit der Datenschutzbehörden und Gerichte folgt. Folge dessen kann sowohl die Anwendbarkeit materiellen ausländischen DS-GVO-Anpassungsrechts im Inland als auch die Unwirksamkeit einaktiger Sanktionen wie Bußgelder und Verwarnungen sein.

Die Arbeit wurde auf Vorschlag der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg mit dem von der Kanzlei Arnecke Sibeth Dabelstein gesponsorten Dissertationspreis 2021 ausgezeichnet.

Scharpf, Lucia

Umweltgerechtigkeit durch Planfeststellungsverfahren

Der Entwurf einer Anwendungsethik für das abfallrechtliche Planfeststellungsverfahren auf Grundlage von Robert Alexys Diskurstheorie des Rechts

Band 18
2021. XVII, 488 Seiten.

ISBN 9783161599729
fadengeheftete Broschur 99,00 €
ISBN 9783161599811
eBook PDF 99,00 €

Praktische Philosophie, Rechtstheorie und Verwaltungsverfahrenrecht werden selten zueinander in Beziehung gesetzt. Dass Anlass für einen Lückenschluss besteht, zeigt die Diskussion um Umweltgerechtigkeit. Sie betrachtet die soziale Dimension von Umweltschutz und thematisiert Probleme wie die gerechte räumliche Verteilung von Infrastrukturanlagen. Deren Lösung vollzieht sich maßgeblich durch rechtliche Verfahren. In Weiterentwicklung von Robert Alexys Diskurstheorie zeigt Lucia Scharpf, dass die Bedingungen des allgemeinen praktischen Diskurses als Vorbild für die Normierung des Planfeststellungsverfahrens dienen können. Methodisch erfordert dies eine »funktionsadäquate Übersetzung.« Diese bildet, über die bloße Optimierung hinausgehend, die Funktion einer Diskursbedingung im Planfeststellungsverfahren bestmöglich ab. Die so gewonnenen, theoretischen Kriterien werden im umfangreichen Schlusskapitel mit konkreten rechtspolitischen Reformvorschlägen konfrontiert.

Kibler, Cornelia

Datenschutzaufsicht im europäischen Verbund

Unabhängigkeit, Effektivität, Rechtsschutz und Legitimation

Band 17
2021. XXVIII, 489 Seiten.

ISBN 9783161597008
Leinen 114,00 €
ISBN 9783161597015
eBook PDF 114,00 €

Datenflüsse kennen keine territorialen Grenzen. Vor diesem Hintergrund setzt sich Cornelia Kibler mit den völker-, unions- und grundrechtlich garantierten Datenschutzaufsichtsbehörden und deren Einbindung in einen europäischen Aufsichtsverbund auseinander. Sie zeigt, dass unabhängige Aufsichtsbehörden Grundvoraussetzung für effektiven Datenschutz sind. Die Datenschutzaufsichtsbehörden können ihren Schutzauftrag jedoch nicht isoliert erfüllen, sondern sind auf eine enge Zusammenarbeit im Unionsraum angewiesen. Der Unionsgesetzgeber hat mit der Datenschutzreform 2016 die bereits bekannten Verwaltungsverbundstrukturen datenschutzspezifisch modifiziert und weiterentwickelt. Cornelia Kibler weist anhand einer Analyse der Akteure und Interaktionsformen nach, dass es sich bei dem Datenschutzaufsichtsverbund um eine neue Form des europäischen Verwaltungsverbunds handelt, in dessen Zentrum die unabhängigen und effektiven Aufsichtsbehörden stehen. Angesichts der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht, welche sich auch im Verbund manifestiert, stellen Rechtsschutz und Legitimation große, doch lösbare Herausforderungen dar.

Geismann, Maria

Sachverhaltsaufklärung im Verwaltungsprozess

Funktionsbedingungen und Funktionsgrenzen von Rechtsprechung

Band 16
2021. XVII, 232 Seiten.

ISBN 9783161594342
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161594359
eBook PDF 69,00 €

Rechtsprechung bedeutet nicht nur das Finden und Aussprechen des Rechts, sondern immer auch die Aufklärung dessen, worüber das Gericht im Einzelfall entscheiden soll. Traditionell beschäftigt sich die deutsche Rechtswissenschaft mit Rechtsprechung vor allem unter dem Gesichtspunkt der Rechtsinterpretation. Die nicht weniger wichtige Feststellung des relevanten Sachverhalts erfährt hingegen nur selten Aufmerksamkeit. Dies gilt für die Verwaltungsgerichtsbarkeit in noch stärkerem Maße als für die Zivil- und Strafgerichte. Maria Geismann untersucht das rechtliche Koordinatensystem, innerhalb dessen die Verwaltungsgerichte die Tatsachengrundlage für ihre Entscheidungen festlegen. Sie betrachtet die verwaltungsgerichtlichen Funktionsbedingungen und -grenzen im Lichte ihrer legitimationstheoretischen Grundlagen und des gesetzlichen Auftrags zur Wahrheitssuche ebenso wie die spezifische Rolle der Verwaltung im Prozess.

Schwetz, Florian

Grenzüberschreitende Verwaltungsakte

Transnationalität, gegenseitige Anerkennung und Verwaltungsentscheidungen im Mehrebenensystem

Band 15
2021. XIX, 220 Seiten.

ISBN 9783161599545
Leinen 89,00 €
ISBN 9783161599552
eBook PDF 89,00 €

Verwaltungsakte werden zwar von nationalen Behörden erlassen, ihre Wirkung und Reichweite erstrecken sich aber auch über Staatsgrenzen hinweg. Grenzüberschreitenden Verwaltungsakten kommt im Mehrebenensystem des Völker-, Europa- und nationalen Rechts vielerorts Bedeutung zu. Man denke nur an die Wirkung von Führerscheinen, Verwaltungsstrafen, Produktzulassungen oder Visa. Insofern war es naheliegend, dieses äußerst praxisrelevante, aber noch nicht konzis und umfassend erforschte Thema der grenzüberschreitenden Verwaltungsakte aufzugreifen. Dadurch soll nicht nur der Rechtswissenschaft, sondern auch dem Rechtsanwender Hilfestellung bei praktischen Problemen (beispielsweise dem Führerscheintourismus, der Anerkennung von Berufsqualifikationen oder von Studienleistungen und Prüfungen), die allzu oft mit Unklarheiten und unerwünschten Ergebnissen verbunden sind, geboten werden.

Gräf, Manuel

Subjektive öffentliche Verfahrensrechte unter dem Einfluss des Unionsrechts

Band 14
2020. XVI, 244 Seiten.

ISBN 9783161597459
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161597466
eBook PDF 69,00 €

Verfahrensrechten kommt bei der Eröffnung des Zugangs zum Rechtsschutz eine herausragende Bedeutung zu. Manuel Gräf untersucht, wie mit Verfahrensfehlern in verschiedenen Rechtsgebieten des Mehrebenensystems im europäischen Verwaltungsrecht umgegangen wird. Dabei arbeitet er bereichsübergreifende und bereichsspezifische Begründungsansätze heraus. Des Weiteren untersucht er das deutsche Verwaltungsrecht unter einer entwicklungsgeschichtlichen Perspektive. Besonderes Augenmerk legt er auf die Auswirkungen des Unionsverwaltungsrechts und auf den Rechtsschutz bei Verfahrensfehlern im deutschen Verwaltungsrecht. Inwieweit können aus dem Vergleich der verschiedenen Ebenen des europäischen Verwaltungsrechts, insbesondere dem EU-Eigenverwaltungsrecht, gemeinsame Schlüsse gezogen werden? Manuel Gräf nimmt Stellung zu aktuellen Entwicklungen und erarbeitet konkrete Reformvorschläge.

Hartmann, Lucas

Die Kodifikation des Europäischen Verwaltungsrechts

Theoretische und dogmatische Grundlagen

Band 13
2020. XXX, 521 Seiten.

ISBN 9783161591365
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161591372
eBook PDF 119,00 €

Die Besonderheiten der einzelnen Bereiche des Europäischen Verwaltungsrechts durch eine Kodifikation auf die Ordnungsidee eines allgemeinen Verwaltungsrechts zurückzuführen – diese Idee gewinnt für die Europäische Union angesichts einer stetig zunehmenden und ausdifferenzierten Verwaltungsgesetzgebung und -judikatur durch Organe der Europäischen Union an Bedeutung. Lucas Hartmann entwirft ein theoretisches, rechtsstaatlich-demokratisches Konzept der Kodifikation für die Gesetzgebung im Europäischen Verwaltungsrecht. Hierzu formuliert er einen Idealbegriff der Kodifikation und entwickelt darauf aufbauend ein umfassendes Prüfraster, mit dem der Mehrwert eines Kodifikationsprojekts ermittelt werden kann. Durch Anwendung dieses Prüfrasters weist der Autor u.a. nach, dass in zentralen Bereichen des EU-Eigenverwaltungsrechts zahlreiche Gemeinsamkeiten bestehen. Daran anknüpfend unterbreitet er einen Regelungsvorschlag.

Zwiffelhofer, Lara

Die Figur des Durchschnittsmenschen im Verwaltungsrecht

Band 12
2020. XII, 280 Seiten.

ISBN 9783161577079
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161577086
eBook PDF 69,00 €

Das Bild, das sich eine Rechtsordnung von den Amtsträgern und Bürgern macht, an deren Handlungen sie Erwartungen und Sanktionen knüpft, bleibt zumeist implizit. Die Figur des Durchschnittsmenschen als Handlungsmaßstab bildet eine Ausnahme. Doch wie wird diese Maßstabsfigur als typisierter Akteur definiert, welche Rolle spielt sie im Rechtsaustrag und welche Bedeutung wird ihr als außerrechtlicher Bezugspunkt für die Entscheidungsfindung eingeräumt? Während der Durchschnittsbürger im Zivil- und Strafrecht bereits ausreichend untersucht ist, besteht für das Verwaltungsrecht noch Forschungsbedarf. Lara Zwiffelhofer untersucht für vier zentrale Rechtsbereiche im Verwaltungsrecht die problematische Rolle der Figuren des Durchschnittsbeamten und des Durchschnittsbürgers zwischen Empirie und Normativität, zwischen Individualisierung und Generalisierung, zwischen Relativierung und Rationalisierung normativer Anforderungen.

Ellerbrok, Torben

Die öffentlich-rechtliche Satzung

Dogmatische und theoretische Grundlagen einer Handlungsform der Verwaltung

Band 11
2020. XXVII, 503 Seiten.

ISBN 9783161583254
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161583261
eBook PDF 114,00 €

Satzungen sind etwa in Kommunen, Universitäten oder in der beruflichen Selbstverwaltung allgegenwärtig. Torben Ellerbrok beleuchtet bereichsübergreifend und umfassend die öffentlich-rechtliche Satzung als klassische Handlungsform der deutschen Verwaltung. Dabei widmet er sich sowohl ihren historischen und dogmatischen Grundlagen als auch eingehend ihren verfassungsrechtlichen Grenzen. Neben einer Erörterung des Satzungsgebungsverfahrens, der Fehlerfolgen und der Satzungskontrolle wirft der Autor zudem einen Blick auf vergleichbare Handlungsformen in der Europäischen Union und ausgewählten Mitgliedstaaten. Die Arbeit wurde mit dem Horst-Sendler-Preis des Bundesverwaltungsgerichts 2021 ausgezeichnet.

Müller, Timotheus

Die Europäisierung der Verwaltungsverfahrensgesetze in Deutschland und Spanien



Band 10
2019. XXI, 329 Seiten.

ISBN 9783161582912
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161582929
eBook PDF 79,00 €

Das Recht der Europäischen Union nimmt vielfach Einfluss auf nationale Gesetze, besonders im Verwaltungsverfahrensrecht. Timotheus Müller untersucht, wie der Gesetzgeber in Deutschland und Spanien mit dieser Herausforderung für Dogmatik und Systematik umgeht. Aus dem Vergleich der beiden traditionsreichen Verwaltungsrechtsordnungen gewinnt er Erkenntnisse zu grundsätzlichen Fragen der Europäisierung und zur Zukunft nationaler Kodifikationen. Behandelt werden dabei sowohl aktuelle Themen wie E-Government, bessere Rechtsetzung oder gute Verwaltung als auch »Klassiker« des Verwaltungsverfahrensrechts. So können anhand konkreter Einzelpunkte Entwicklungsperspektiven aufgezeigt und Reformvorschläge entwickelt werden. Ziel ist dabei die Erarbeitung konkreter Perspektiven für verbundkompatible und strukturwährend-adaptive Kodifikationen des Verwaltungsverfahrensrechts auf der Höhe der Zeit.

Ollinger, Gustav

Nachvollziehende Verfahrenskontrolle im EU-Beihilferecht

Zur unionsgerichtlichen Überprüfung komplexer wirtschaftlicher Bewertungen der EU-Beihilfeaufsicht

Band 9
2019. XX, 471 Seiten.

ISBN 9783161560460
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161560477
eBook PDF 104,00 €

Vielfach müssen die Unionsgerichte komplexe ökonomische Bewertungen der Europäischen Kommission gerichtlich überprüfen. In aller Regel verzichten die Unionsgerichte jedoch auf die Einholung von Sachverständigengutachten. Wie kann dennoch eine wirksame gerichtliche Kontrolle stattfinden, wenn die Entscheidungsmaßstäbe primär wirtschaftlicher Natur sind? Am Beispiel des Beihilfeverbots zeigt Gustav Ollinger, dass die Unionsgerichte mit der nachvollziehenden Verfahrenskontrolle ein eigenständiges Kontrollkonzept für Beurteilungsspielräume der Kommission bei komplexen wirtschaftlichen Bewertungen entwickelt haben. Unter Berücksichtigung der primärrechtlichen und unionsprozessrechtlichen Grundlagen erarbeitet und systematisiert er im Spannungsfeld zwischen Verfahrens-, Prozess- und Beweisrecht die Voraussetzungen einer beschränkten gerichtlichen Überprüfung komplexer wirtschaftlicher Bewertungen. Er zeigt die dafür erforderliche Rechtfertigung und strukturiert die Funktionsweise und Intensität der unionsgerichtlichen Überprüfung.

Lorenzen, Jacqueline

Kontrolle einer sich ausdifferenzierenden EU-Eigenverwaltung

Band 8
2019. XXVII, 486 Seiten.

ISBN 9783161576799
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161576805
eBook PDF 104,00 €

Die Kontrolle über die Verwaltung spielt in der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft seit jeher eine große Rolle. Anders ist dies im Europäischen Verwaltungsrecht. Vor dem Hintergrund eines Prozesses der zunehmenden Ausdifferenzierung der EU-Eigenverwaltung, vor allem durch die Gründung unabhängiger europäischer Agenturen, werden jedoch in letzter Zeit Zweifel an der demokratisch-rechtsstaatlichen Rückbindung der EU-Eigenverwaltungsstellen lauter, insbesondere mit Blick auf eine hinreichende Verwaltungskontrolle über diese.

Jacqueline Lorenzen gibt einen umfassenden und systematischen Überblick über das weite Kontrollgefüge, dem die EU-Eigenverwaltung unterliegt, arbeitet Kontrolldefizite heraus und untersucht, ob die derzeitigen Kontrollen den Vorgaben des unionalen Demokratieprinzips, des Rechtsstaatsprinzips sowie des Prinzips des institutionellen Gleichgewichts genügen.

Troßbach, Anton

Öffentlichkeit und Geheimhaltung im Verwaltungsprozess

Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und England

Band 7
2019. XXV, 324 Seiten.

ISBN 9783161568220
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161568237
eBook PDF 99,00 €

Im Verwaltungsprozess treffen grundrechtlich gesicherte Geheimhaltungs- und Öffentlichkeitsinteressen aufeinander. Dabei handelt es sich um eine über die Grenzen des Nationalstaates hinausgehende Konfliktlage. Im deutschen Verwaltungsprozess erfolgt zur Lösung dieses Konflikts ein geheimes Zwischenverfahren, in dem über die Offenlegung streitgegenständlicher Informationen entschieden wird (sog. in-camera-Verfahren). Die Konzeption dieses Verfahrens ist insbesondere bei mehrpoligen Streitverhältnissen und Informationszugangsansprüchen auf Kritik gestoßen. Anton Troßbach vergleicht das in-camera-Verfahren mit dem funktionalen Äquivalent im englischen »Judicial Review«. Zudem diskutiert er, ob eine Übernahme bestimmter Konfliktlösungsinstitute aus dem englischen Recht möglich ist und eine interessengerechtere Lösung der aufgezeigten Konfliktlage bewirkt. Abschließend entwirft er einen Vorschlag für eine gesetzgeberische Neufassung des in-camera-Verfahrens.

Thiery, Samira Helena

Die Luftverkehrsverwaltung im Auftrag des Bundes

Praxis trägerübergreifender Verwaltungssteuerung

Band 6
2018. XIV, 230 Seiten.

ISBN 9783161561184
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161562488
eBook PDF 69,00 €

Die Luftverkehrsverwaltung wird in Deutschland durch die Länder im Auftrag des Bundes geführt. Samira Helena Thiery stellt die Praxis dieser trägerübergreifenden Verwaltung anhand einer Analyse des Einsatzes von verfassungsrechtlichen und informellen Steuerungsmechanismen sowie der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Gremien in den Mittelpunkt. An geeigneten Stellen zieht sie Parallelen zu anderen Sachmaterien in trägerübergreifender Verwaltung. Die jeweilige Praxis weist im Einzelnen erhebliche Unterschiede zur formalrechtlichen Luftverkehrsverwaltung auf. Die bundeseitig umfangreich eingesetzten informellen, kooperativen Instrumente stellen die Verwaltungspraxis im Luftverkehr insbesondere hinsichtlich des europäischen Rechts vor spezifische Vollzugsprobleme. Mit Blick auf die weiter zunehmende Europäisierung des Luftrechts schlägt die Autorin schließlich eine Modifizierung der verfassungsrechtlichen Aufsichtsinstrumente vor.

Traub, Sebastian

Nebenbestimmungsfeindliche Verwaltungsakte

Band 5
2018. XXV, 336 Seiten.

ISBN 9783161558221
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161561757
eBook PDF 89,00 €

Die Lehre von den 'nebenbestimmungsfeindlichen Verwaltungsakten' hat in der Rechtswissenschaft lange Traditionslinien, deren älteste bis zu den *actus legitimi* des Römischen Rechts zurückreichen. Weithin unangefochten ist der überkommene Ansatz, aus dem Prinzip der Rechtssicherheit bestimmte Typen 'nebenbestimmungsfeindlicher Verwaltungsakte' herauszuschälen. Sebastian Traub stellt diesen 'typengebundenen' Ansatz umfassend auf den Prüfstand, auch in seinen Querbezügen zur zivilistischen Gestaltungsrechtslehre, und deckt dabei zahlreiche Unschärfen und dogmatische Brüche auf. Er führt die Dogmatik nebenbestimmungsfeindlicher Verwaltungsakte weg von der Fokussierung auf Fallgruppen und prinzipiengeleitetes Rechtsdenken und gründiert sie begrifflich, normativ und methodologisch neu. Im Ergebnis eröffnet er für die behördliche Entscheidungspraxis erheblich flexibilisierte Möglichkeiten *eigenständiger* Gestaltung.

Schwind, Manuel Patrick

Netzwerke im Europäischen Verwaltungsrecht

Ein Beitrag zu Theorie und Dogmatik der Behördenkooperation in der EU

Band 4
2017. XXII, 375 Seiten.

ISBN 9783161556203
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Das europäische Sekundärrecht ist von einem bis heute andauernden »Netzwerkboom« geprägt. Die flexible, grenz- und ebenenüberschreitende Zusammenarbeit nationaler und europäischer Behörden scheint geeignet, das nicht selten defizitäre Vollzugshandeln der Mitgliedstaaten zu unterstützen und einen einheitlichen Vollzug im Unionsraum zu fördern. Weitgehend ungeklärt ist jedoch der rechtsdogmatische Gehalt des Netzwerkbegriffs, geschweige denn die Frage, ob er rechtswissenschaftlich überhaupt rezeptionsfähig ist. Manuel Patrick Schwind untersucht die Bedeutung des Netzwerkkonzepts aus der Sicht der Systemtheorie, Governancelehre und Steuerungswissenschaft und zeigt Risiken und Potentiale einer Verwendung des Netzwerks als Rechtsbegriff auf. Sodann analysiert er das EU-Sekundärrecht auf Formen netzwerkartiger Behördenkooperation mit dem Ziel der Herausbildung von Grundbausteinen eines europäischen Netzwerkverständnisses.

Langenbach, Pascal

Der Anhörungseffekt

Verfahrensfairness und Rechtsbefolgung im allgemeinen Verwaltungsverfahren

Band 3
2017. XVI, 268 Seiten.

ISBN 9783161551239
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161614231
eBook PDF 89,00 €

Die Akzeptanz des Verwaltungshandelns gehört zu den Zielen einer effektiven, effizienten und demokratischen Verwaltung. Dem Verwaltungsverfahren wird dabei eine eigenständige Akzeptanzfunktion zugeschrieben. Doch worauf beruht diese Funktion, worin findet sie ihre Grenzen? Und wie könnte man sie fördern? Pascal Langenbach legt die psychologischen und empirischen Grundlagen verfahrensbasierter Akzeptanz dar. Als Schlüssel zur Rechtstreue der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich deren Interaktion mit der Verwaltung in einem fairen Entscheidungsverfahren. Das allgemeine Verwaltungsverfahren sieht diese Interaktion vor allem im Rahmen der Anhörung des Betroffenen vor. Im Zusammenspiel mit weiteren Verfahrensfunktionen ergeben sich hieraus dogmatische und rechtspolitische Konsequenzen. Diese betreffen insbesondere die Ausgestaltung des Anhörungsrechts sowie den gesetzlichen Umgang mit Anhörungsfehlern. Die Arbeit wurde von der Max-Planck-Gesellschaft mit der Otto-Hahn-Medaille 2017 ausgezeichnet.

Bews, James

Bewirtschaftungsrecht

Die rechtliche Bewältigung von Krisensituationen am Beispiel der Elektrizitätsversorgung



Band 2
2017. XXV, 399 Seiten.

ISBN 9783161549519
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Das im Ersten und Zweiten Weltkrieg entstandene Bewirtschaftungsrecht ist ein Teilgebiet des Öffentlichen Wirtschaftsrechts, das in der bundesrepublikanischen Rechtswissenschaft unterbelichtet geblieben ist. Es bezweckt die Sicherstellung der Versorgung von Privatpersonen und Hoheitsträgern mit besonders wichtigen wirtschaftlichen Leistungen in Krisensituationen. James Bews untersucht anhand der Vorschriften zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung die begrifflichen Grundlagen, die Geschichte und den Inhalt des Bewirtschaftungsrechts und gleicht dieses historisch weitgehend stabile Rechtsgebiet mit seinem (später entstandenen) verfassungsrechtlichen Rahmen ab. Zudem arbeitet er die Strukturen dieses Rechtsgebiets heraus und bettet sie in das System des Wirtschaftsverfassungs- und des Wirtschaftsverwaltungsrechts ein. Dabei ist auch die Positionsbestimmung des Bewirtschaftungsrechts in seinem Verhältnis zum modernen Paradigma des Regulierungsrechts von Interesse.

Athanasiadou, Natassa

Der Verwaltungsvertrag im EU-Recht

Band 1
2017. XX, 331 Seiten.

ISBN 9783161548895
fadengeheftete Broschur 84,00 €

Trotz seiner stetig steigenden Bedeutung gilt die Handlungsform des Verwaltungsvertrags im Europäischen Verwaltungsrecht im Vergleich zu den einseitigen Handlungsformen der EU-Verwaltung als wenig erforscht. Natasa Athanasiadou zeigt die Einflüsse des Unionsrechts, insbesondere des Vergabe- und Beihilfenrechts, auf die nationalen Modelle des Verwaltungsvertrags am Beispiel der Rechtsordnungen Deutschlands, Frankreichs und Englands auf. Als Vergleichsmodell fungiert auch das sich noch nicht gefestigte Modell des Verwaltungsvertrags im EU-Eigenverwaltungsrecht (Verwaltungsvertrag der EU-Organen), dessen Dogmatik die Autorin weiterentwickelt. Auf einer zweiten Ebene werden die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Schichten des EU-Rechts (nationales Recht, Unionsverwaltungsrecht und EU-Eigenverwaltungsrecht) untersucht. Daraus ergeben sich rechtsordnungs- und rechtsebenenübergreifende Strukturmerkmale einer »europäischen Handlungsform« des Verwaltungsvertrags.

